

Antrag 2023/O/1
AfA Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Parteivorstand**Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern**

1 Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die
2 Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb
3 der SPD besondere Aufgaben in Partei und
4 Öffentlichkeit wahr. Sie stehen als Binde-
5 glied zu den jeweiligen gesellschaftlichen
6 Gruppen, die sich in den politischen Berei-
7 chen engagieren. Sie verfügen über Fach-
8 kompetenz in ihren jeweiligen Themenfel-
9 dern und haben vielfältige Kontakte in die-
10 se Bereiche. Das muss konstruktiv für die
11 Arbeit der SPD weiter genutzt und sogar
12 verstärkt werden. Viele der bestehenden
13 elf Arbeitsgemeinschaften sind im Unter-
14 schied zu anderen bundesweiten Zusam-
15 menhängen in der SPD von der Mitglieder-
16 basis bis zur Bundesebene durch Wahlen
17 und Delegationssysteme demokratisch le-
18 gitimiert. Ihr Aufbau und ihre Aufgaben re-
19 gelt der Parteivorstand durch Richtlinien.
20 Im Jahr 2020 wurde eine neue Richtlinie
21 für die Arbeitsgemeinschaften beschlos-
22 sen. Die neue Richtlinie mit erheblichen
23 Einschnitten und Strukturveränderungen
24 für die AGen schädigt die Schlagkraft der
25 gesamten Partei. Es sollte alles versucht
26 werden, gemeinsam mit den Arbeitsge-
27 meinschaften Möglichkeiten zu finden, um
28 die Arbeitsfähigkeit der AGen zu stärken
29 und auszubauen und damit die Außen-
30 wirkung und Bindungskraft unserer Par-
31 tei über unsere Verankerung zum Beispiel
32 bei den Frauen, in der Arbeitnehmerschaft,
33 in bestimmten gesellschaftlichen Gruppie-
34 rungen, Milieus und Altersgruppen erheb-
35 lich zu verbessern. Wir fordern den Landes-
36 vorstand der SPD in Rheinland-Pfalz auf,

37 sich für eine Verbesserung der Richtlinie für
38 die Arbeitsgemeinschaften zu deren Stär-
39 kung einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir
40 den Vorstand der SPD sowie den Bundes-
41 parteitag auf, die Richtlinie für die Arbeits-
42 gemeinschaften zu verändern, damit die-
43 se ihre besonderen Aufgaben in Partei und
44 Öffentlichkeit wahrnehmen und die SPD-
45 Arbeit auch zukünftig noch stärker unter-
46 stützen können.

47 Insbesondere fordern wir:

48 • Die Bundeskonferenzen und Sitzungen
49 der Bundesvorstände sollen nicht aus-
50 schließlich im WBH in Berlin durchgeführt
51 werden. Sitzungsintervalle erhöhen. Die
52 Einschränkungen bei den Sitzungsinter-
53 vallen und die Verpflichtung, in Berlin zu
54 tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehoben-
55 heit und regionale Ungleichgewichte. Der
56 Wegfall von Möglichkeiten, sich regional,
57 bzw. vor Ort zu repräsentieren statt im
58 WBH unterzutauchen vermindert die
59 Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit
60 der Partei erheblich.

61 • Delegiertenzahlen für die Bundeskonfe-
62 renzen erhöhen und Vorstände so erhö-
63 hen, dass alle 16 Länder ordentlich vertre-
64 ten sind. Die Ausdünnung der Delegierten-
65 basis und der Vorstände reduziert die Re-
66 präsentativität und Kommunikationsmög-
67 lichkeiten erheblich.

68 • Ressourcen für die Arbeitsgemeinschaf-
69 ten erhöhen: Die erhebliche Reduzierung
70 der Ressourcen für außenwirksame Akti-
71 vitäten außerhalb des festgelegten, be-
72 reits 2013 um ein Drittel gekürzten Bud-
73 gets, sowie die Reduzierung der hauptamt-
74 lichen Unterstützung schwächt die Arbeits-
75 gemeinschaften praktisch bei allen Hand-
76 lungsmöglichkeiten und erhöht die Abhän-

77 gigkeit der gesamten Partei von den Man-
78 datsträgern.

79

80 Empfänger:innen: SPD-Landesvorstand

81 Rheinland-Pfalz; SPD-Bundesparteitag;

82 SPD-Parteivorstand;